



Biwöchentlicher Abonnementsspr. in Breslau 5 Pf., Wochen-Monat. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 5 Mark 50 Pf., — Sonderabonnement für den Raum einer sechsteiligen Petit-Zeitung 20 Pf., Reklam. 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Uferberden übernehmen alle Vorfälle. Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 324. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Tr. vendt.

Freitag, den 14. Juli 1876.

Deutschland.

Berlin, 13. Juli. [Amtliches.] Seine Majestät der König hat den Reichs-Hofrat Dr. Hermann zu Hanau den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und dem Regierungs-Sekretär, Camlei-Rath Dr. Döderhoff zu Düsseldorf, den Roten Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Seine Majestät der König hat den Ober-Regierungs-Rath Houth-Weber zu Hannover zum Provinzial-Sekretär-Director und Geheimen Finanz-Rath ernannt; dem Sanitäts-Rath Dr. Haas in Berlin den Charakter als Geheimen Sanitäts-Rath; sowie den jüngsten Inhabern der unter der Firma "Hensel und Schwann" bestehenden Gold- und Silberwaren-Manufaktur, Kaufleuten August Friedrich und Gustav Devrient zu Berlin das Prädicat als Königliche Hoflieferanten verliehen; und in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Hagen getroffenen Wahl den seitigen Syndicus der Stadt Goslar, August Prenzel, als Bürgermeister der Stadt Hagen auf die gesetzliche Amtszeit von zwölf Jahren bestätigt.

Der Arzt Dr. Kehler zu Salzgitter ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Liebenburg ernannt worden.

Berlin, 13. Juli. [Leichenschau-gesetz.] In einer der nächsten Reichstags-Sessions wird der Entwurf eines Leichenschau-gesetzes vorgelegt werden. Dasselbe hat den Zweck, die noch immer vorhandene Möglichkeit des Lebendig begrabenwerdens zu beseitigen, die Entdeckung von Verbrechen gegen das Leben möglichst zu sichern, die Behörden in den Stand zu setzen, beim Auftreten ansteckender Krankheiten rechtzeitig durch geeignete Maßregeln die Weiterverbreitung zu verhindern und die Grundlage zu bilden für eine praktisch und wissenschaftlich verweisbare Mortalität-Statistik, ohne welche die Medicinal-Polizei an die Lösung der wichtigsten hygienischen Fragen nicht heranreiten kann. In Deutschland besteht die obligatorische Leichenschau auf Grund genügender Bestimmungen nur in einem Theile Bayerns, in Sachsen, Baden und in der Provinz Hessen-Nassau, während in dem übrigen Theile Deutschlands ganz unzureichende Vorchriften in Geltung sind. Es bedarf der von der Commission zur Vorbereitung einer Reichs-Medicinal-Statistik entworfene, von dem Ausschuss des Bundesraths für Handel und Verkehr bereits im Wesentlichen zweckentsprechend erachtete Entwurf eines Leichenschau-gesetzes nur noch einer Durcharbeitung Seitens des Reichs-Gesundheitsamtes, um dem Bundesrath und dem Reichstag vorgelegt werden zu können. (Reichsanzeiger.)

[Die neue conservative Partei.] Offiziell wird geschrieben: Das von mehreren hiesigen Blättern veröffentlichte Programm der „deutsch-conservativen Partei“ darf wohl als das endliche Ergebnis der schon seit vorigem Herbst innerhalb conservativer Kreise schwebenden Verhandlungen zur Neubildung der conservativen Partei angesehen werden, und vorzugsweise von diesem Standpunkte muß man wohl das Programm beurtheilen. Es ist zunächst eine innere Angelegenheit der conservativen Partei, welche sich dadurch auf breiterer Grundlage wieder zu organisieren und aus der bisherigen Zersplitterung und Ohnmacht wieder zu erheben sucht. Gleichzeitig tritt unzweifelhaft das Besieben hervor, sich wieder mehr in Führung und Zusammenhang mit der Regierung zu bringen. Ob die Erklärungen und Forderungen, wie sie im Programm formulirt sind, dazu den Weg bahnen können, ist freilich eine andere Frage, aber zunächst kommt es den Urhebern der neuen Organisation und des Programmes wohl wesentlich darauf an, durch die theilsweise sehr problematische Fassung der einzelnen Sätze möglichst Vielen aus den verschiedenen Gruppen der conservativen den Zutritt möglich zu machen. Neben zahlreichen Namen von durchaus gemäßigten und praktischen Männern, welche aufrichtig mit der Regierung zusammenzugehen wünschen, finden sich Namen der stürksten Kreuz-Zeitung-Oberzam, und man darf es gegenüber der Haltung, welche die sogenannten Declaranten vor wenigen Monaten annahmen, immerhin als einen erheblichen Erfolg ansehen, daß sie sich jetzt zu einer Partei bekennen, welche augenscheinlich eine Annäherung an die Regierung sucht. Der theoretisch bedenklichste Punkt in dem Programm ist unzweifelhaft der in Bezug auf den kirchlichen Kampf. Praktisch freilich ist von entscheidender Bedeutung, wenn die Conservativen fortan das Recht des Staates, kraft seiner Souveränität sein Verhältnis zur Kirche zu ordnen, unabdingt anerkennen und die Staatsgewalt den entgegengesetzten Ansprüchen der römischen Curie gegenüber zu unterstehen entschlossen sind. Ein Gewissenszwang und ein Übergreifen auf das Gebiet des innern kirchlichen Lebens hat auch die Regierung stets von sich abgewiesen, und wenn eine Revision der Maigesetze nur in diesem Sinne in Aussicht genommen werden soll, so wird dieselbe schwerlich von wesentlicher Bedeutung sein können. Die „Prov.-Corresp.“ hat in dieser Beziehung gestern einen Auszug des bemerkenswerten Urtheils des kirchlichen Gerichtshofes gegen den Erzbischof von Köln mitgetheilt, in welchem es heißt: „Es ist dem unbesangenen Beurtheiler zweifellos, daß Gesetze dieses Inhalts das Gebiet des religiösen Glaubens und Gewissens auch nicht entfernt berühren, und daß die aus staatlichen und nationalen Interessen entspringenden, im Wesentlichen nur negativen Bestimmungen dieser Gesetze das freie Bekennen der christlichen und speziell der katholischen Religion, sowie die geistliche Entwicklung der katholischen Kirche innerhalb des paritätischen Staates nicht behindern.“ — Auch in den übrigen Punkten des Programms ist klar zu erkennen, daß es nicht die Meinung sein kann, sich als eine Partei zu konstituiren, mit welcher sich die Regierung identifizieren könnte. Die Regierung würde ihre Stellung unter allen Umständen auf einer viel weiteren Grundlage nehmen müssen. Doch wird es von grossem Interesse sein, in wie weit das Streben nach Consolidirung der conservativen Partei gelingt.

[Die Befreiung in Reichstadt.] Die in Mittheilungen aus Wien angekündigte Absicht der österreichischen Regierung, über die Ergebnisse der Befreiung von Reichstadt eine gleichmäßige Notificirung an die übrigen Regierungen ergehen zu lassen, dürfte schwerlich bestehen. Dieselbe würde dem wesentlich vertraulichen Charakter der Konferenz nicht entsprechen. Über das günstige Gesamtresultat sind die Vertreter an den verschiedenen Höfen sofort telegraphisch in Kenntnis gesetzt worden.

[Bereidigung.] Nachdem das Herzogthum Lauenburg mit dem 1. Juli der preußischen Monarchie einverlebt worden ist, ist die Bereidigung sämtlicher lauenburgischer Beamten auf Grund der Verfassung angeordnet und wird dieselbe unverweilt zur Ausführung gelangen.

Aus Hessen, 12. Juli. [Conflict.] In der Diözese Fulda steht jetzt der Ausbruch des Conflicts zwischen dem Bistumsverweser Hahne und dem Oberpräsidium vor der Thüre. Bekanntlich hat ersterer die an ihn ergangene Aufforderung, die seit längerer

Zeit erledigten Pfarrstellen endlich nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften definitiv zu besetzen und dem Provisorium der „temporären Aushilfe“ ein Ende zu machen, dahin beantwortet, daß es an den geeigneten Candidaten fehle. Dagegen hat nun der Oberpräsidient auf das Personalregister der Diözesangehörigkeit hingewiesen und speziell betont, daß in Fulda eine ganze Anzahl überzähliger Capläne und ehemaliger Seminarlehrer wohne, welche recht wohl ein Pfarramt bekleiden könnten. Ob sich nun der Bistumsverweser offen nach der einen oder andern Seite hin entscheiden, oder — wovon auch bereits die Rede war — ob er als hochbetagter Mann sein Amt in jüngere Hände legen wird, muß die nächste Zukunft zeigen.

München, 13. Juli. [Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Italien] sind gestern Abend hier eingetroffen und werden morgen ihre Reise fortführen.

Karlsruhe, 11. Juli. [Kaiser Wilhelm] traf auf der Reise nach Baden diesen Abend genau zur bestimmten Zeit, 6 Uhr 10 Min., in Begleitung des ihm entgegengereisten preußischen Gesandten, Grafen Flemming, hier ein, wo derselbe auf dem Person von dem Großherzog, den Ministern Dr. Jolly und Geh. Rath v. Freydorf, so wie der Generalität und den Regiments-Commandeuren begrüßt wurde. Hatten wir gesehen, daß die Kur in Ems dem Monarchen ungemein gut bekommen sei, so wurde uns heute die freudige Gelegenheit, mit eigenen Augen uns von dem Wohlsein und der Rücksicht des hohen Reisenden zu überzeugen, der den Wagen verließ und sich über die ursprünglich bestimmte Zeit hinaus fast zehn Minuten lang mit dem Großherzog und den anwesenden Herren unterhielt. Es mußte nahe liegen, die sächsische Hettlichkeit des Monarchen auch rücktend damit in Verbindung zu bringen, daß der Vortrag des Fürsten Reichskanzlers nicht unangenehmer Natur gewesen sein mag. Der Großherzog kehrte in das Schloß zurück und wird sich morgen nach Baden begeben, um von da übermorgen den Kaiser nach Schloß Mainau zu begleiten.

Baden-Baden, 13. Juli. [Seine Majestät der Kaiser] ist heute früh um 9 Uhr nach der Mainau abgereist.

Konstanz, 13. Juli. [Seine Majestät der Kaiser] ist heute hier selbst von Baden-Baden angekommen und hat die Fahrt nach der Insel Mainau per Dampfschiff sofort fortgesetzt. Der Kaiser wurde überall Seitens der Bevölkerung mit enthusiastischen Kundgebungen empfangen.

Österreich.

* * Wien, 12. Juli. [Eine Broschüre.] „Fünf Jahre Andrássy-Scher Staatskunst“ lautet der Titel einer Broschüre, die zwar schon mehrere Wochen alt ist, trotzdem die öffentliche Aufmerksamkeit erst jetzt auf sich zieht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fand es nämlich für gut, diesem „anerkennenswerten, sehr zeitgemäßen und höchst verdienstvollen“ Werke die höchste Anerkennung zu zollen und daran in schwungvollen Phrasen den „Wunsch“ wie die „Hoffnung“ zu knüpfen, es werde das „opportune“ Schriftchen auch in Österreich und Ungarn „recht weite Verbreitung“ finden und „erfolgreich“ wirken. Nun, wenn jemand heute noch, wie der Verfasser jener Broschüre, den kindlichen Glauben an die Unwandelbarkeit und Unschuldbart der orientalischen Politik des Grafen Andrássy in sich trägt, so kann man einem so seltsamen Schwärmer zugleich sich selber überlassen. Ich wenigstens hätte mir geradezu Gewissensbisse daraus gemacht, einem so harmlosen Gemüth die Milch der frommen Denktugend zu föhren. Daß die „Norddeutsche Allgemeine“ den Autor lobt, der dem Grafen Andrássy dicke Weihrauchwolken freut und ihm zum Schlusse noch ein wenig das Gefäß unter die Nase stupft, ist ein erfreulicher Beweis, daß Fürst Bismarck und unser Minister des Auswärtigen noch immer auf gutem Fuße mit einander leben. Ist doch die Intimität mit Deutschland Deutschösterreich und Magyarland ebenso willkommen, wie die entente cordiale mit Russland ihren Alten und den Polen verholt erscheint! Jetzt aber drückt die „Wiener Abendpost“, d. h. die Beilage der „Wiener Zeitung“, an der Spitze ihrer politischen Übersicht die volle Lobes-Salve der „Norddeutschen Allgemeinen“ ab, ohne jeden Commentar, ohne jede Einschränkung. Daß denn doch zu bemerken, daß es sich hierbei nur um jenen Theil des Pamphletes handelt, der ein Compliment für den Grafen Andrássy ist. Das Berliner Blatt hat nur jenen ersten Theil gekannt; nur auf diesen kann sich daher das Lob der „Nordd. Allg.“ beziehen, wie auch in dem ganzen Artikel der letzteren nur von der orientalischen Politik des Grafen Andrássy die Rede ist. Also, scheint mir wenigstens, kann auch der Abdruck des Lobes in unserer „Abendpost“ nur hierauf Bezug haben und unmöglich auf den zweiten, mittlerweile nach Verleihung der Probe-Bürgenabzüge, Theil der Broschüre, wo der Autor aus einem Lob-Psalmlisten Andrássy's ein Libellist gegen den Parlamentarismus wird, dessen Bankrot überall in Europa auf erschreckende Weise zu Tage getreten, in Österreich aber wahrhaft eindrücklich Dimensionen angenommen habe. Ich weiß nicht, ob es der „Norddeutsche“ aus dem Herzen gesprochen ist, wenn der geistreiche Verfasser sagt, Fürst Bismarck spiele mit den neugierigslüsternen Abgeordneten des Reichstages wie der Löwe mit kleinem Gethy und gebe seinen großen Kindern, statt der verlangten Roth- und Blaubücher, Märchen- und Bilderbücher. Jedenfalls stand in den Auszügen, auf die sich das Lob des Berliner Journals bezog, davon noch nichts. Und am allerwenigsten kann die Wiener „Abendpost“ daran denken, dem Libellisten darin Beifall zu spenden, wenn er unserem Reichsrath „totale Impotenz, heilloses Sieghum, völligen Versatz“ vorwirft — ja, seine Führer, selbst Herbst, mit unqualifizierten Titulaturen belegt. Das verbietet aber so sehr die Klugheit, wie die constitutionelle Gesinnung des Grafen Andrássy!

Frankreich.

Paris, 11. Juli, Abends. [Besuch.] — Sensationsnachrichten. — Vertagung. — Diner. — Gingabe.] Der Großfürst Constantin, vom Fürsten Orloff begleitet, hat heute Vormittag Thiers einen längeren Besuch gemacht. Wie der „Tempo“ erzählt, hat der Großfürst dem ehemaligen Präsidenten der französischen Republik die bestimmte Versicherung gegeben, daß Russland entzlossen sei, bei der Nicht-Interventionspolitik zu beharren und im geeigneten Augenblick gemeinsam mit den anderen Mächten die Türkei aufzufordern, sich zu mäßigen und nicht den Krieg zu verlängern, nachdem ihrer Eigenliebe durch einen bedeutenden Sieg Genüge geschehen. — Die Presse bringt heute wieder eine Sensationsnachricht: „Der König

von Griechenland, sagt sie, welcher heute Abend Paris verläßt, ist vom Präsidenten des Ministerraths in Athen eine Depesche erhalten, welche ihn auffordert, so bald als möglich in seine Stadt zurückzukehren. Die von der griechischen Regierung angekaufte Chassepois werden auf dem Panzer-Schiff Olga nach Athen gebracht werden.“ — Die Senats-Commission, welche das Grabverleihungsgebot zu prüfen hat, wollte heute den Bericht Paris' anhören. Da aber Paris in Folge eines plötzlichen Unwohlseins nicht nach Versailles kam, mußte sich die Commission vertagen. — Zu Ehren des Großfürsten und der Großfürstin Constantin findet morgen Abend in der Präsidentschaft ein großes Diner statt; nach Beendigung desselben werden die Schauspieler der Comédie française eine Vorstellung geben. — Das Central-Consistorium der französischen Israeliten ist in großer Auflösung in Folge der Gerüchte, welche über den Entwurf eines Handelsvertrags zwischen Rumänien und Frankreich in Umlauf gesetzt werden. Nach diesem Entwurf sollen die französischen Juden in Rumänien kämpfen haben, welche anderstgläubigen Landsleute. Das Central-Consistorium hat in einer Eingabe die französische Regierung ersucht, sich in keine Unterhandlung einzulassen, welche den Zweck hätte, das Prinzip der Gleichberechtigung aller Franzosen vor dem Gesetz einzutasten.

Paris, 12. Juli. [Zur Sitzung.] — Aus der Kammer. — Börsegerüchte.] Die Uebelstände, unter welchen augenblicklich das constitutionelle System in Frankreich leidet, die Schwierigkeiten, gegen welche die Republikaner anzukämpfen haben, sind gestern in der Kammer sehr deutlich hervorgetreten. Das wahre Wort der Situation wurde nicht offen herausgesagt, aber auch unausgesprochen war es aller Welt verständlich. Man sah in Versailles eine Mehrheit, welche gegen ihre oft ausgesprochene Ueberzeugung stimmt; eine Commission, welche ihren Anträgen nur dadurch halt zu geben sucht, daß sie fast unverblümmt die Minister auffordert, die Cabinetsfrage zu stellen; endlich einen Minister, welcher ein Vertrauensvotum fordert gelegentlich eines Gesetzes, das er selbst nicht zu rechtfertigen wagt. Die Mehrheit, die Commission, der Minister, alle stimmen gegen ihre wahre Meinung, um nicht mit dem Staatsoberhaupt, welches verfassungsmäßig keine Verantwortlichkeit hat und in dieser parlamentarischen Angelegenheit keine Rolle spielen kann, in Streit zu gerathen. Die Sitzung, welche lange dauerte, war denn auch sehr melancholisch. Sobald nach den Einleitungsformalitäten das Gemeindegesetz zur Debatte gestellt worden, beantragte le Pomellec seine Vertagung. Von vorn herein bemerkte er, die Kammer habe dem Ministerium so oft und erst jüngst bei der Rede de Macédo's ihr Vertrauen bewiesen, daß bei der jetzigen Debatte an eine Opposition gegen das Cabinet nicht zu denken sei. Die Commission schlägt vor, ein provisorisches Gesetz zu schaffen, aber das Land ist des Provisoriums überdrüssig; man schickte ihr also die Verteilung zurück und forderte sie auf, eine definitive Reform der Gemeindegesetzgebung vorzulegen. Der Redner kritisierte dann den Commissionsvortrag eingehend. Indem man der Regierung überlaßt, in allen größeren Gemeinden die Bürgermeister zu ernennen, gebe man den Feinden der Republik eine gefährliche Waffe in die Hand. Der Rechtsritter Ferry nahm das Wort. Auf die eben erwähnte Kritik wolle er sich nicht einlassen; er wolle zunächst nur den Vertagungsbaukasten bekämpfen. Es wäre thöricht, zu glauben, daß die definitive Reform sich vor 1877 oder gar 1878 ins Werk setze lassen; aber bis dahin müsse etwas geschehen. Die Politik, welche die Commission vorschlägt, ist eine praktische; sie ist die Politik der Republik. Jede andere würde Conflicte herbeiführen, bei welchen die Würde der Kammer nichts zu gewinnen hat. Vor Alem haben die Deputirten von ihren Wählern den Auftrag bekommen, die Republik zu erhalten und sie gegen die Intrigen von einer gewissen Seite zu schützen; vor Alem haben sie Pflicht, sich vor den Fallen, die man ihnen stellt, zu hüten. Die Commission wünscht die Gemeinderefreiheit in ganzem Umfange, es hat hier harten Nothwendigkeit bedurft, um sie zur Einschränkung ihrer Forderungen zu veranlassen. So Ferry. Die Aufnahme, welche seiner Rede zu Theil wurde, bewies schon, daß die Sache der Commission gewonnen war. Gambetta trat nun für die Vertagung auf und fragte, ob die Gefahr wirklich so bedeutend sei. Die Linke habe bewielet, daß sie das Ministerium aufs Entschiedenste unterstützen will; aber muß sie wirklich auf ihre Grundsätze verzichten, um Schwierigkeiten zu vermeiden, die vielleicht nicht existiren, die jedenfalls nicht bestreiten dürften? Gambetta fand nur mäßigen Beifall. Der Minister Macédo bestieg die Tribüne und erklärte, daß die Gefahr wirklich vorhanden sei. Die Regierung fühlt sich nicht im Stande, die Republik auf dem rechten Wege zu leiten, wenn nicht schließlich bewiesen wird, daß sie in den Kammer eine sichere und definitive Mehrheit für sich hat. Sie hat diese Gelegenheit, den Beweis zu liefern, nicht selbst gesucht. Alle Männer, welche sich mit der Politik beschäftigen, wissen, wie die Dinge sich entwickeln haben. Es ist nicht mehr genügend, daß man den Ministern einen Beifall spendet, für den sie übrigens dankbar sind, daß man sie durch wohlwollende Reden ermutigt; sie bedürfen eines unzweideutigen Vertrauensvotums, dessen sie sich würdig machen werden. Noch einmal ergriff Gambetta das Wort. Es ist nicht Alles klar, sagt er, in den Mittheilungen, die man uns macht. Wenn das Ministerium eines Vertrauensvotums bedarf, so hätte man die Cabinetsfrage in einer großen und wichtigen Frage der inneren Politik stellen sollen, nicht bei Gelegenheit eines organischen Gesetzes. Die Linke wird auf manche Wünsche verzichten, um dem Cabinet ihr Vertrauen zu beweisen; denn in dieser Angelegenheit, schließt Gambetta, fühlen wir uns in Wahrheit nicht frei. Hierauf beantragte Floquet, indem er ebenfalls dem Ministerium sein Vertrauen aussprach, die Rückkehr zu dem Gemeindegesetz von 1871; aber der Entschluß der Kammer war gefaßt. Mit der gewaltigen Mehrheit von 388 gegen 81 Stimmen wurde der Antrag le Pomellec's und Gambetta's zurückgewiesen. Das Ministerium hat also damit einen Erfolg gewonnen, der den Ausgang der Debatte nicht mehr in Zweifel läßt. Man begann (es war schon spät) mit der General-Discussion über den Commissionsantrag. Von den einzelnen Reden ist wenig zu sagen; sie wiederholten nur oft Gesagtes und übrigens kamen bei dieser Verhandlung weniger die Reden als die geheimen Gestirnungen und politischen Erwägungen der Parteien in Betracht.

Die Bonapartisten, welche bis dahin keine Gelegenheit gefunden hatten, Unkraut unter den Weizen zu säen, ließen nun auch von sich hören und R. Mitchell machte den Vorschlag, alle Bürgermeister direkt durch das allgemeine Stimmrecht wählen zu lassen. Die Kammer nahm wenig von dem imperialistischen Eredner Notiz; die Generaldiscussion wurde geschlossen und der erste Artikel des Gesetzes, welcher die Aufhebung des Broglie'schen Bürgermeistergesetzes verfügt, mit 448 gegen 25 Stimmen angenommen. Die Debatte dauert heute fort; aber in der Hauptfrage ist sie, wie gesagt, zu Gunsten des Ministeriums vollkommen entschieden. — Dieser Sieg in der Kammer wird jedenfalls die Sitzung des Cabinets auch dem Senat gegenüber bestätigen. Der Saal hieß gestern nur eine kurze und bedeutungslose Sitzung, da Paris durch seine plötzliche Krankheit verhindert war, den Bericht über das Waddington'sche Gesetz zu verlesen. Die Rechte beklagt sich über diesen Ausschub nicht. Den Plan, Chesnelong zum Nachfolger G. Périer's zu wählen, scheint die klerikal-monarchistische Partei aufzugeben zu haben. Man nennt als Kandidaten jetzt Chabaud-Latour und den General Vinoy. — An der gestrigen Abendstunde gingen wieder einige beunruhigende Gerüchte über die Situation im Orient um. Ein Abendblatt des „Français“ will gehört haben, daß die englische Regierung mit den französischen Bahnlinien über den Transport ihrer Truppen via Brindisi unterhandelt habe.

Großbritannien.

A. A. C. London, 11. Juli. [Parlamentsverhandlungen.] Beide Häuser des Parlaments wurden wieder durch Verhandlungen über die orientalische Frage in Anspruch genommen. Im Oberhause brachte Earl Granville eine Interpellation ein bezüglich der von Bulgarien von den irregulären Truppen der Porte angeblich verübten Barbareien. Der Earl von Derby erwiderte, daß er nicht in der Lage sei, irgend etwas Bestimmtes mitzuweilen. Nach dem vom Herzog von Argyll eingeholten Interpellation habe er an Sir Henry Elliot gewiesen und sich von demselben Auskunft erbetet, aber die Antwort darauf sei noch nicht eingegangen. Nachdem jedoch wiederholte Mittheilungen über den Gegenstand in der Presse erschienen, und da er wisse, welche Stimmung darüber im Lande vorherrsche, habe er diesen Morgen an Sir Henry Elliot telegraphirt, der Regierung ohne Bezug auf Mittheilung über die fragliche Angelegenheit zu machen. Das Resultat werde er dem Hause seiner Zeit mittheilen.

Im Unterhause erklärte sich Bourke beim Premierminister, wann die Discussion des Antrages über die Angelegenheiten von Bosnien und der Herzegowina auf die Tagesordnung gesetzt werden würden. Disraeli erwiderte: es würde kaum möglich sein, eine Discussion über den Gegenstand in einer für das Haus befriedigenden Weise anzuberaumen, so lange nicht die Schriftstücke darüber auf dem Tisch des Hauses liegen. Ich erkenne völlig, daß mein ehemaliger Freund (Bourke) in Folge der Anteilnahmen, die er gemacht, einen locus standi in der Frage hat. Indem ich es als selbstverständlich annehme, daß eine Discussion über den Gegenstand stattfinden wird, selbst wenn dieselbe nicht eine solche sein sollte, welche die Meinung des Hauses über einen formellen Antrag involviert, dürfte ich unter diesen Umständen den Anspruch meines ehemaligen Freundes anerkennen und mich bestreben demselben Rechnung zu tragen, aber solange die Schriftstücke nicht vorliegen, dürfte ich den Gefühlen des Hauses schwerlich Gerechtigkeit erweisen, wenn ich Vorlehrungen für die Discussion eines von einem Privatmitgliede ausgehenden Antrages trage. (Hört, hört.) Zunächst fragte G. Jenkins den Cabinettschef, ob er bestimmt angeben könne, wann die Schriftstücke über die orientalische Frage in den Händen der Mitglieder sein würden. Disraeli antwortete: Es wird im Auswärtigen Amt jede Anstrengung gemacht, daß diese Schriftstücke auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden, aber es ist mir unmöglich einen bestimmten Tag anzuberaumen, an welchem sie in den Händen der Mitglieder sein werden, weil dies nicht lediglich von Ihrer Majestät Regierung abhängt. Ich sprach vor einer halben Stunde den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und er sagte mir, wir könnten darauf zählen, daß die Schriftstücke zum Beginn nächster Woche auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden würden. (Hört, hört.) Sodann interpellirte Forster den Premierminister, ob eine Antwort auf die vorige Woche von Lord Derby an den britischen Botschafter in Konstantinopel gerichtete Anfrage in Bezug auf die angeblichen Barbareien in Bulgarien eingegangen sei. In der „Times“ und „Daily News“ vom vorigen Sonnabend seien Briefe erschienen, welche die ersten Mittheilungen dieser Blätter bestätigen und hinzufügen, daß eine Menge bulgarischer Mädchen öfters in die Släberet verlaufen würden und daß sehr viele Bulgarier in türkischen Gefangenissen auf die Folter gepeinigt wurden. Disraeli erwiderte, daß auf die nach Konstantinopel gerichtete Anfrage noch keine Antwort eingegangen sei; auch sei es unmöglich, daß schon eine Antwort da sein könne. Mit Bezug auf die, mit diesen Barbaren in Bulgarien verknüpften Schriftstücke, jähr der Cabinetschef fort, so wird darin ein zwischen der Regierung und unserem Botschafter gepflogener Schriftwechsel vorgefunden werden. Alles was wir über die Angelegenheit empfangen haben, wird in den Schriftstücken gefunden werden, deren Vorlegung in wenigen Tagen erfolgen wird. Was die furchterlichen Barbareien betrifft, von denen wir gelesen haben und auf welche der sehr ehrenwerthe Herr hinweist, so wage ich noch immer die Hoffnung auszudrücken, daß wenn wir ein besser unterrichtet sind, wir finden werden, daß diese Mittheilungen durch die thotsächlichen Vorgänge kaum gerechtfertigt sind. Wir sind in beständiger Verbindung mit unserem Botschafter in Konstantinopel, der gegen solche furchterlichen Vorgänge nicht unempfindlich sein würde. Ich kenne keinen Mann, der in solchen Fällen fester oder energischer handeln würde als Sir Henry Elliot. Wir sind auch in Verbindung mit unseren sehr fehigen Consuln in Belgrad, Ragusa und Cettinje, aber ihre Berichte enthalten nichts, was auf einen so schrecklichen Stand der Dinge in Bulgarien schließen ließe. Daß während des Krieges in Bulgarien Gräueltaten verübt wurden, beweiste ich nicht und habe es auch niemals einen Augenblick bezweifelt. Infanteriekriege sind stets Gräueltriebe. Es sind Kriege, die nicht von regulären Truppen geführt werden, und in diesem Falle sind es selbst nicht reguläre Truppen sondern eine bewaffnete Bevölkerung. Daß Aufstandskriege barbarisch sind, wissen wir aus unserer eigenen kleinen Erfahrung. Wir wissen, daß jüngst eine unserer Kolonien, eine alte Colonie Englands — ich spreche von Jamaika, die Scene einer Banit war, auf die Niemand ohne ein Gefühl tiefer Schüttung und Pein zurückblicken kann. Aber das in diesem Falle 10,000 Einwohner einer einzigen Provinz eingekerkert wurden, verdient wohl kaum Glauben. Die Berichte von der Anwendung der Folter sind auch sehr zweifelhaft, denn orientalische Völker pflegen mit ihren Gefangenen weit summischer zu verfahren. Obwohl im Ganzen genommen ohne Zweifel Vieles stattgefunden haben mag, was wir bellagen müssen, so kann ich nur die Hoffnung hegeln, daß manche der Angaben der Begründung entbehren. Ich kann dem Hause nur wiederholen, daß jede Anstrengung gemacht werden wird, der Regierung in Konstantinopel ans Herz zu legen, die furchterlichen Scenen, die jetzt untermeidlich scheinen, so viel als möglich zu mildern. Wenn die Information von Konstantinopel ankommt, wird nicht ein Augenblick verloren werden, die selbe zur Kenntnis des Hauses zu bringen, aber vor der Hand ist keine eingegangen. (Hört, hört.) An die Darlegung des Cabinetschefs knüpfte sich eine kurze Debatte, im Verlaufe welcher der Regierung aus dem liberalen Lager bestige Vorwürfe wegen ihrer Saumlosigkeit und Unwissenheit in der Angelegenheit gemacht wurden. Sir G. Watkin empfahl den britischen Botschafter in Konstantinopel zu instruieren, eine Untersuchungskommission nach Bulgarien zu senden. Disraeli wiederholte, daß alle die Information im Beisein der Regierung in dem in Kürzem dem Hause vorzulegenden amtlichen Schriftwechsel gefunden werden würde. Er fügte hinzu, er leugne nicht, daß Barbareien in Bulgarien verübt worden, aber die Regierung habe keine Kenntnis von den Details, welche die Journale veröffentlichten. Damit wurde der Gegenstand verlassen. Hierauf erklärte sich Sir Wilfrid Lawson beim Unterstaatssekretär für die Colonien, ob es wahr sei, daß ernsthafte Unruhen auf den Fiji-Inseln stattgefunden haben. Lowther erwiderte: „Es haben einige unbedeutende Ruhestörungen in Fiji stattgefunden, aber ich freue mich sagen zu können, daß die Berichte darüber beträchtlich übertrieben waren und das Prädicat „ernstlich“ nicht verdienen. Der Thatbestand ist folgender: Ein Bergstamm fiel in einige Einwohnerdörfer ein. Der Gouverneur berichtet, daß er Schritte zur Wiederherstellung der Ordnung that, daß die Ausbrüche localer Natur sind und daß für den Frieden der Colonie keine Beschränkungen gegeben werden.“ Auf Weitem den größten Theil des Abends nahm wieder die Erörterung der ministeriellen Unterrichtsbefragung in Anspruch, zu welcher Richard, das Mitglied für Marthyr Tydebill, ein Amendment stellte, welches erklärte, daß das Prinzip des compulsoryschen Unterrichts nicht ohne große Ungerechtigkeit angewendet werden könne, falls nicht die öffentlichen Elementarschulen unter Staatsverwaltung gestellt werden. Nach mehrstündigem lebhafte Debatte wurde der Antrag mit 317 gegen 99 Stimmen abgelehnt.

[Die Entwertung des Silbers.] Der Bericht der Commission, welche vom Parlament niedergesetzt wurde, um die Ursachen des Fällens der Silberpreise zu ermitteln, liegt nunmehr im Druck vor. Er füllt 51 Seiten. Die Commission macht, wie schon bekannt, keine Vorschläge mit Bezug auf eine legislative Remedy, sondern begnügt sich mit Herabsetzung der verschiedenen Ursachen des gegenwärtigen außerordentlichen Preisabschlages des Silbers. Dieselben sind folgende: 1) Die Einführung neuer Silberminen von großem Reichthum im Staate Nevada. 2) Die Außerordnung des Silbers in Deutschland. 3) Der vermindernde Begehr von Silber für den Export nach Indien. 4) Das auch die skandinavischen Regierungen in ihren Münzwährungen Gold für Silber substituiert haben. 5. Das die lateinische Münz-Convention, Frankreich, Belgien, die Schweiz, Italien und Griechenland umfassend, seit 1874 ihre Silberprägung limitierte und das früher allen Besitzern von Silberbarren gehörende Privilegium, dieselben von Beschrankung in Münzen verwandeln lassen zu können, suspendierte. 6) Das auch Holland ein zeitweiliges Gesetz annahm, welches, ausgenommen auf Rechnung der Regierung, das Prägen von Silbermünzen verbietet und das Prägen von Goldmünzen autorisiert. — Der überflüssige Silbervorrath Deutschlands, hebt der Bericht hervor, wird aller Wahrscheinlichkeit nach noch einige Zeit schwer auf dem Markt lasten; doch ist dies ein temporärer Umstand. Andererseits werden die Vereinigten Staaten dem Markt eine temporäre Erholung gewähren, indem sie für ihre eigene Münzwährung beträchtliche, dort erzeugte Silberbeträge behalten. Es ist, nach der beigebrachten Evidenz zu urtheilen, sogar möglich, daß die Vereinigten Staaten so viel Silber für ihre neue Münzoperation behalten werden, als Deutschland als das Resultat der seines zu verkaufen haben mag. Mit Bezug auf Indien und den Orient, bisher die größten Silber-Confumenten, bemerkt die Commission, die gegenwärtigen Verhältnisse seien für den künftigen Silberwert ungünstige, aber es dürfe ihnen durch Veränderungen in dem Handel mit dem Orient partiel das Gleichgewicht gebalten werden.

[Die britischen Panzerfahrzeuge „Hotspur“ und „Ruppert“] verließen am 9. d. Malta, um zu dem Mittelmeergeschwader in Vesta Bay zu stoßen. — Auf den Marineverstern bericht nach wie vor eine sehr rege Thätigkeit. Außer dem Thurmgeschiff „Thunderer“ sollen die Doppel-Thurmschiffe „Cyclops“ und „Hercules“, obwohl diese Fahrzeuge eigentlich nur für Haufenverteidigungszwecke gebaut wurden, in kürzester Zeit zum Auslaufen fertig gestellt werden.

Provinzial - Zeitung.

8 Breslau, 13. Juli. [Schwurgericht.] — Wiederholter Versuch der Nothzucht. — Vorsätzliche und versuchte vorsätzliche Brandstiftung.] Von den heute zur Verhandlung ansteckenden zwei Angeklagten fand die erste unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Angeklagter war der Arbeiter Nikolaus Jarosch aus Schildberg, wegen wiederholter verüchter Nothzucht.

Jarosch trieb sich vagabondirend und bettelnd im Lande umher. Am 18. März d. J. soll er, wie die Beteiligten und einige andere Zeugen eidlich erklärten, zuerst auf dem Wege zwischen Steinau und Stroppen an einer hochschwangeren Arbeitersfrau und einige hundert Schritte weiter an einem Landmädchen das zur Last gelegte Verbrechen verüchtigt haben. Jarosch, welcher erst einige Tage später verhaftet werden konnte, bestritt seine damalige Anwesenheit am Orte der That, die Beugenaussagen bestätigten aber, daß ein Sirkum in der Person des Angeklagten nicht vorliege. Die Geschworenen sprachen das Schuldig in beiden Fällen mit mehr als sieben Stimmen, bewilligten jedoch mildernde Umstände.

Der Angeklagte, mit dem nur durch den polnischen Dolmetscher verhandelt werden konnte, erhielt 1 Jahr 6 Monat Gefängnis und 2jährigen Ehverlust.

Der vorsätzlichen und versuchten vorsätzlichen Brandstiftung ist der zweite Angeklagte, frühere Bauerngutsbesitzer, jetzige Auszügler Joseph Demmig aus Klein-Dels geständig. Demmig ist 55 Jahre und besitzt sieben Kinder.

Am 29. April d. J., Abends nach 11 Uhr, brach in dem, dem Bauer-gutsbesitzer Hentschel zu Klein-Dels gehörigen Stallgebäude und der Scheuer Feuer aus. Das Feuer erging auch das Wohnhaus der Hentschel'schen Bewohner und legte dieses in Asche, ebenso wurde das daranstoßende Gebäude des Bauerngutsbesitzers Wagner ein Raub der Flammen. Stall und Scheuer des Hentschel waren mit 450, das Wohnhaus mit 900 Mark verübert. Die Mobiliarstücke und das Vieh der Wirthschaft außerdem mit 452 Mark der Feuerbeschädigung. Hentschel konnte fast gar nichts retten, denn das Feuer hatte so schnell überhand genommen, daß bereits die Thür seiner Wohnung brannte, als seine Familie durch den Lärm geweckt wurde. Wagner rettete nur das Vieh und die Bettwäsche. Einem bei Wagner's wohnenden Schuhmacher verbrannten außerdem Sachen im Wert von 200 Mark. Das Feuer war in dem östlichen Giebel der Hentschel'schen Scheuer zum Ausbruch gelommen und lag unstrittig höchstwahrscheinlich Brandstiftung vor. Man beschuldigte sofort den Angeklagten als den Brandstifter. Demmig, welcher noch kurz vor Ausbruch des Brandes im Dorfe war, verschwand während des Feuers und vermutete man, daß er mehrere Tage nicht aufzufinden werden könnte, daß er sich in den anliegenden Wäldern erhangt haben würde. Am 4. Mai erschien Demmig jedoch wieder im Dorfe, wurde festgenommen und gestand sofort zu, den erwähnten Brand vorläufig veranlaßt zu haben. Zu gleicher Zeit gab er an, auch an dem Wohnhause seines Bruders an jenem Abend Feuer angelegt zu haben, daßselbe bei aber des Regenwetters wegen nicht zum Ausbruch gelommen. Über die Motive zur That wurde folgendes ermittelt: Demmig hatte an Hentschel seine Besitzung verkauft und war Auszügler geworden. Er, der schon früher sich dem Tode ergeben, war inzwischen immer mehr gefunken, so daß bereits das Mortalitätsversfahren gegen ihn eingeleitet werden muhte. In Betreff der Zahlung der Restgelder waren zwischen ihm und Hentschel Differenzen entstanden, in Folge deren er wiederholt in Hentschel's Besitzung erschien und in ungeüblicher Weise Forderungen gestellt machte. Bereits am 26. April war Demmig mit Gewalt aus dem Hentschel'schen Gehöft entfernt worden und hatte hierbei der Frau Hentschel gebröckt, „daß er ihren Mann unglücklich machen werde.“ Einen Tag vor dem Brände sagte er zu einem Nachbar, der ihn bei einem Gange über die Felder auf den guten Stand der Saaten auf Hentschel's Ader aufmerksam mache und dabei bestätigte, daß er (Demmig) immer mehr herunterkomme: „Hentschel wird vielleicht eher banter werden, als ich, in einigen Tagen wird er bestehen gehen müssen.“ Wie er nach dem Brände und auch heute behauptet, hat ihn die große Bevölzung am 26. April gegen Hentschel aufgebracht und fasste er den Plan, denselben unglücklich zu machen. Zu diesem Verhüttete er am Abend des 29. April auf den Boden der Scheuer und setzte vermittelst einer Schachtel Streichhölzer dieselbe in Brand. Sein Bruder hatte seit 4 Jahren der Chefart des Angeklagten Unterkunft geboten und hatte ihn dies auch gegen den Bruder empört. Bald nachdem er Hentschel's Scheuer in Brand gesetzt, stieckte er in das Schobendach des Wohnhauses seines Bruders ein brennendes Streichholz, daselbst löschte aber sofort bei dem Verlöschen des Hineinstechens aus, da das Strohdach durch vorherigen Regen sehr nass war. Ein weiterer Versuch, die übrigen zur Erde gefallenen Streichhölzer in Brand zu setzen, mißlang vollständig, da auch diese leicht geworfen waren.

Der Angeklagte, welcher etwas schwerhörig ist, erklärt auch vor den Herrn Geschworenen sich der Anklage gemäß schuldig. Der Aufforderung des Präsidienten, den Hergang zu erzählen, kommt Demmig in etwa derselben Weise nach, als man „Nante vor Gericht“ oder „Pietisch im Verhör“ darstellt. Mit einer Weitschweifigkeit und Gleichtönigkeit, als säße er im Dorfetsham bei seinen Gebütern, erzählt er einige Scenen aus seinem Familienleben, welche alle darin gipeln, daß seine Frau sehr viel Schnaps getrunken habe. Von seinem Trinken sagt er nichts, obgleich es uns erscheinen will, als wenn er lediglich im Anfall vom „Delirium tremens“ spräche. Es wird den Richtern und Geschworenen schwer, den nötigen Ernst zu bewahren, wenn aber das Publikum bei einigen zu drastischen Stellen in unterdrücktes Lachen ausbricht, so hat dies nur zur Folge, daß der Angeklagte noch lebhafter und meist zum Publikum sprechend erzählt.

Das Geständniß wird allzeit als ausreichend erklärt. Auf die Frage: „Angeschlagter, was haben Sie noch anzuhören?“ antwortet Demmig, „ich bitte um eine milde Beurtheilung, oder meine Herren, schenken Sie mir doch die Strafe ganz“, und als natürlich über diese Naivität alle Gesichter heiter werden, läuft der Angeklagte in demselben Tone fort: „na ja, ich weiß ja, Sie sind große Herren und können mir die Strafe lieber schenken.“ Der Herr Vorsitzende entnimmt hieraus, daß der Angeklagte mildernde Umstände wünscht und beschließt der Gerichtshof im Einverständnis mit der Königl. Staatsanwaltschaft die Zulassung mildernder Umstände. Die Geschworenen treten somit nicht in Function. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Herr Kreisrichter Dr. Möller, beantragt 1 Jahr 6 Monat Gefängnis.

Angeschlagter! haben Sie verstanden, der Herr Staatsanwalt beantragt 1 Jahr 6 Monat Gefängnis, was haben Sie zum Strafantrage zu bemerken? fragt der Präsidient.

1 Jahr 6 Monat, da bin ich zufrieden, ja, ja, Sie haben doch auch kin-

der und wissen, daß vier meiste Jungen in Breslau in der Lehre sind, antwortet der Angeklagte.

Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück und erklärt nach dem Wiedereintritt des Präsidienten, daß der Angeklagte zu 2 Jahren Gefängnis verurtheilt worden ist. Dies erscheint dem Angeklagten jedoch über das von ihm erhoffte Strafmaß hinausgezogen, denn noch im Abschluß wiedeholt er lobschützend: „Zwei Jahr? zwei Jahr Gefängnis?“

[Die vorläufige Einstellung des Postverkehrs und die Einschränkung des Postanweisungsverkehrs zwischen Deutschland und Österreich.] welche vom österreichischen Handelsministerium beantragt wurde, ist vielfach als Anzeichen einer kriegerischen Lage betrachtet worden. Nach einem Wiener Telegramm der Augsburger „Allgem. Zeit.“ ist die Maßregel, die sich auf den Verkehr zwischen Österreich und der Schweiz bezieht, wegen der großen Schwankungen des Goldgelds erfolgt. Der „Weserzug“ wird zur Geläuterung geschrieben:

„Der von Preußen aus zu entnehmende Postvorschuß wird nach Mark und österreichischem Silbergeld zu entsprechendem Tagescourse berechnet. Bei der Ausgleichung mit den preußischen Höhöden hat die österreichische Regierung die Baluta entweder zu laufen oder zum Tagescourse zu berechnen, ohne daß dabei in Betracht gezogen wird, daß seit der Entnahme des Postvorschusses eine oft bedeutende Änderung in dem Silbercourse eingetreten ist. Es ist wahrscheinlich, daß die österreichische Regierung die Wiederaufnahme des Postvorschusses von der Berechnung eines Durchschnittscourses abhängig machen wird, wie er schon seit längerer Zeit auch bei den österreichischen Grenzbahnen eingestellt ist.“

[Feldmarschall Graf Moltke, der sich vor mehreren Monaten zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit nach Italien begab, befindet sich jetzt schon längere Zeit auf seinem schlesischen Gute Kreisau. Alle Nachrichten bestätigen, daß Graf Moltke sich wesentlich erholt und binnen Kurzem die Geschäfte des Generalkabinetts wieder übernehmen will, in welchen er vom General v. Wartensleben vertreten wird.

[Hirschberg, 13. Juli. Zum Musikfest.] Nachdem die meisten der beim bevorstehenden Schlesischen Musikfeste mitwirkenden auswärtigen Kräfte im Laufe des heutigen Tages hier eingetroffen waren, fand Nachmittags um 5 Uhr die erste Gesangsprobe mit Orgelbegleitung statt. Bevor dieselbe begann, bestieg Herr Bürgermeister Bassenge die Dirigenten-Tribüne und begrüßte die mitwirkenden Damen und Herren im Namen des Comites und im Namen der Stadt, indem er zunächst den Leiter des Festes, Herrn Musidirector Deppe, sodann aber die Damen und Herren, welche die Solopartien übernommen, und die Mitwirkenden in den Chören freundlich bewillkommen und allen herzlichen Dank dafür aussprach, daß sie die Einladung angenommen und der damit verbundene Mühe und Unbequemlichkeiten sich unterzogen haben, um die große Aufgabe des Festes mit lösen zu helfen. Was die Stadt Hirschberg betrifft, so rechte es sich die große Bedeutung sie in vollem Maße anerkennen, während sie Alles aufbieten werde, den verehrten Gästen den Aufenthalt hier so angenehm als möglich zu machen. Unmuthen würde sie sicher die Schönheit der hiesigen Natur und die frische Luft unserer Berge, und hoffentlich würde sie auch die geistige Atmosphäre hier annehmen und beim Scheiden von hier eine angenehme Erinnerung sie begleiten. Herr Musidirector Deppe dankte für das ihm geschenkte Vertrauen und die ihm erwiesene Ehre, das Fest leiten zu dürfen, und ersuchte alle Mitwirkenden, ihre besten Kräfte dem herrlichen Unternehmen zu widmen; dann sei das künstlerische Gelingen deselben zu hoffen.

— Das Fest-Programm hat bezüglich der Hauptproben eine kleine Änderung erfahren und lautet nunmehr wie folgt: Freitag, den 14. Nachmittag 4½ Uhr: Hauptprobe zu „Jouua“; Sonnabend, den 15., früh 8 Uhr: Hauptprobe zur zweiten Musik-Aufführung; Nachmittag 4½ Uhr: Generalprobe zu „Jouua“; Sonntag, den 16., Nachmittag 4½ Uhr: „Jouua“; Montag, den 17., früh 8 Uhr: Generalprobe zur zweiten Fest-Aufführung für Nachmittag 4½ Uhr; Dienstag, den 18., früh 8 Uhr: Generalprobe zum Künstlerconcert für Nachmittag 4½ Uhr; Donnerstag, den 20., Nachmittag 11 Uhr: Matinee.

s. Walenburg, 13. Juli. [Beerdigungsfeier.] Heute fand die feierliche Beerdigung der irischen Weberin des am 10. d. Mts. in Neu-Weistein dahingestiegenen Königl. Bergarzts Dr. Julius Brade statt. Die Feierlichkeit begann im Trauerhause, dem gewerkschaftlichen Gebäude zu Neu-Weistein, mit dem von einem hiesigen Sänger-Chor vorgetragenen Choral: „Unerschöpflich ist Dein Rath“, worauf Pastor Schulz von hier am reichgeschmückten Sarcophag über das Schriftwort Psalm 68. V. 21, welches auf das reichgezeichnete Leben des Wallenden so herliche Anerkennung fand, eine erhabende und trostliche Rede hielt. Nach dem Vortrage einer Trauerarie setzte sich der unermüdliche Leichenzug, welchem die hiesige bergmännische Capelle, eine Abteilung des Veteranen- und Krieger-Vereins, sowie eine Abteilung Bergleute vorantraten, unter den Klängen eines Trauermarsches nach dem evangelischen Kirchhof zu Walenburg in Bewegung. Unmittelbar vor dem Sarge trug auf schwarzem Sammetkissen ein Steiger der Weißsteiner Gruben-Gewerkschaft die Königlichen Orden, mit denen einst die Brust des verdienstvollen, nummehr dahingestiegenen Beamten geschmückt war. Es folgten sodann die nächsten Leidtragenden, begleitet von dem Vertreter des Königlichen Ober-Berg-Amts, Geheimen Bergarztherr Schwarze, sowie dem Vertreter des Fürsten von Bleß, General-Director Dr. Riedel, ferner die gewerkschaftlichen Kassen-Deputirten und Verwaltungsbeamten, die Mitglieder der Gew

J. P. Glas, 13. Juli. [Verschiedenes.] Im Hause des Papierhändler Krämer hier selbst, und zwar in der Wohnung, welche bis zum 1. d. Mts. der Schriftsteller Julius Peter inne hatte, in dieser Tage die Decke eines Zimmers eingesetzt. Wäre dies acht Tage früher geschehen, so könnten Mitglieder der genannten Familie erschlagen oder doch arg verletzt werden. Der Wirth ist schon vor längerer Zeit auf diese Gefahr, sowie auch auf den Uebelstand aufmerksam gemacht worden, daß bei jedem Thau- und Regenwetter das Wasser stromweise in die hinteren Zimmer dringt und da bereits höchst bedenkliche Risse an den Wänden sich zeigen. — In der Zeit vom 3. bis 10. d. Mts. sind vor dem hiesigen Schwurgericht Anklagen wider 15 Personen verhandelt worden, und zwar Anklagen wegen Totschlags 1, wegen Kindesmord 3, wegen Meineid und Verleitung dazu 2, wegen wiederholten Theils vollendeten, theils versuchten Betrugs 1, wegen dreifacher Urkundensfälschung 2, wegen Beihilfe dazu 1, wegen wiederholten Gebrauchs falscher Urkunden 1, wegen schwerer Diebstähle 3 und wegen schwerer Hehlerei 1. Freigesprochen von der Anklage wurden 2 Personen, und zwar 1 Person angeklagt wegen Kindesmord, und 1 Person, angeklagt wegen wissentlichen Meineids und Verleitung zur Begehung eines falschen Eides. An Strafen wurden im Ganzen erkannt: 21 Jahre Zuchthausstrafe, 9 Jahre 4 Monate Gefängnisstrafe und 846 Mark Geldbuße oder noch 94 Tage Zuchthausstrafe. — Nach den heut ausgegebenen Kurlisten sind angekommen in Reiner 886 Familien mit 1375 Personen, in Cudowa 267 Familien mit 484 Personen und in Langenau 82 Familien mit 209 Personen. Außerdem an Nichtgästen (Sommerfrischlern) angekommen in Cudowa 82 Familien mit 88 Personen und in Langenau 88 Familien mit 56 Personen.

○ Trebnis, 12. Juli. [Tageschronik.] Die Bade-Anstalt „In den Sitten“ bei Obernitz hat mit dem 1. vorligen Monat ihre diesjährige Saison eröffnet. Einwohner der Ort Obernitz durch zahlreiche elegante Bauten bant 155, Viscontio-Commandant 108, Dortmunder Union 5, 30, Laurahütte 59, Köln-Mindener 100%, Rheinische 114%, Bergische 80%, Rumänen 15,40, Türken 10%.

Saison eröffnet. Obwohl der Ort Obernigk durch zahlreiche elegante Bauten sich alljährlich nicht unerheblich vergrößert, so ist doch der Zugang von eigentlichen Kurgästen ein unbedeutender. Als Grund dürften die großstädtischen Preise dienen, welche sich dort völlig in Übereinstimmung mit dem durch die Bahn rasch zu erreichenden Breslau eingebürgert haben. Mit der Kreisstadt Trebnitz wird Obernigk durch die zum 1. October c. fertig zu stellende Chaussee gleichfalls in eine schnellere Verbindung durch den beabfahrtigen Postenlauf über Obernigk zur Bahn nach Breslau treten, ohne daß indessen dadurch eine Vermehrung des Zuganges von Kurgästen erfolgen dürfte. — In der dort befindlichen „Sadебеck'schen Anstalt für Kranke und Schwache“ wurden im Laufe des verflossenen Quartals zu dem vorhandenen Bestande von 12 Kranken 2 neu aufgenommen, so daß dort 14 Personen in Pflege verblieben, während im biesigen Maltheser-Krankenhaus zu dem verbliebenen Bestande 105 Personen hinzutreten, so daß hier die Summe sämtlicher Kranke 140 Personen betrug, welche 3216 Verpflegungsstage beanspruchten. — In einigen Dörfern des biesigen Kreises: Würzen, Neu-Karosche und Birkwitz, graffiren die „Masern“. In dem einen dieser Dörfer erkrankten innerhalb 3 Tagen von 71 Schulkindern 40, weshalb der Amts vorsteher sich veranlaßt sah, die Schule auf 14 Tage zu schließen. — Am verflossenen Donnerstag wurde in öffentlicher Gerichts-Verhandlung die Frau M. aus Groß-Biedau schule, welche (wie bereits mitgetheilt) auf dem biesigen Wochenmarkt ihre zu $\frac{1}{2}$ mit weichem Käse angefüllte Butter zum Verkauf gestellt, zu — 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. — Der Fleischbeschauer Fabich in Rapsdorf fand am 7. d. M. wieder einmal ein trichinös-infiziertes Schwein. Die Trichinen, welche nur in geringer Anzahl sich vorhanden, waren stark verkapst. Es ist dies bereits der dritte derartige Fall, welcher dem erwähnten Fleischbeschauer bei der Untersuchung von über 300 Schweinen vorgekommen ist. Bis jetzt sind seit Einführung der obligatorischen Fleischschau im biesigen Kreise, also etwa seit Jahresfrist, 10 trichinös-Schweine gefunden worden, und zwar im ersten Vierteljahr 6, im zweiten 4, während im Laufe des verflossenen Vierteljahrs kein derartiger Fall zur amtlichen Kenntniß gekommen, und schon war man annehmen berechtigt, daß die Zahl derartig erkrankter Schweine in steter Abnahme begriffen sei, oder daß der zuerst kolossale Eis, der hier im Aufinden von trichinösen Schweinen entwidelt wurde, sich erheblich abgekühlte!

nn. Brieg, 12. Juli. [Turn-Verein.] Das von dem Turn-Verein für den 6. August in Aussicht genommene Fahnenweißfest verspricht, sich zu einem allgemeinen Volksfeste zu gestalten. Die Vorbereitungen sind im vollen Gange und — mit Genugtuung constatiren wir es — finden die Commissionen für die speciellen Ausführungen in ihrer Thätigkeit das bereitwilligste Entgegenkommen bei den Beheimtigen. Die Einladungen an die Turn-Vereine des Mittel- und Oberschlesischen Turngaues sind ergangen und denselben das allgemein gehaltene Festprogramm beigegeben, das wir hier in kurzen Umrissen andeuten wollen. In den Vormittagstunden Empfang der ankommenden Gäste auf dem Bahnhofe resp. am Oberthor und Geleitung nach der Stadt; von 11 bis 1 Uhr Concert in der Actien-Brauerei; um 1 Uhr gemeinschaftliche Mittagsstafel; um 3 Uhr Antreten und Einmarsch in die Stadt nach dem Rathause, daselbst Fahnenweiherede und Entblößung der neuen Vereinsfahne; nachdem die Ehrengäste in den Zug aufgenommen, erfolgt der Weitemarsch nach dem Turnplatz, dort Aufmarsch nach Lion — Freiübungen — Schulturnen zweier Fliegen des höchsten Vereins — Kürturnen am Neck, Barren und Pferd und volkstümliche Wettkünfte im Freihoch, Freiweits- und Stabspringen, Steinstemmen und Steinstoßen und Ringen; darauf Preisvertheilung an die Sieger. Um 7 Uhr Zurückmarsch nach der Stadt und nach Binner's "Volksgarten", wo ein allgemeines Gartenfest — Concert, Illumination, bengalische Beleuchtung, Feuerwerk &c. — in Scene gesetzt wird, zum Schluss folgt ein Tanzkränzchen, das hoffentlich die Theilnehmer bis in frühe Stunden zusammenhält. Am zweiten Tage die üblichen Morgenshoppen &c. im Groß'schen Eisdörfel. — Es darf wohl mit Recht behauptet werden, daß diese Arrangements so getroffen sind, daß bei einem Wohlwollen von oben herab das Fest einen gewiß volkstümlichen Charakter annehmen und Federmann betriedigen wird; ebenso wie die von Fern und Nah herbeiziehenden Turner des wärmlandigen Empfanges Seitens ihrer Turnbrüder als auch Seitens der Bürgerschaft gewiß sein können, denn noch nie hat Brieg, „die alte Fürstenstadt am hohen Ufer“, seinen Sinn für deutsche Kraft und deutschen Mannesmut, die Ziele der Turnerei in erster Linie, verleugnet, wie es auch stets gastfreundlichst seine Thore öffnete und den Gast auf das herzlichste „Willkommen“ hieß.

© Beuthen D.-Schl., 12. Juli. [Zur Tagesschreitung.] Vor der Criminal-Deputation des hiesigen Kreisgerichts fand am 8. d. eine ziemlich umfangreiche Verhandlung statt, welche sich in der Hauptache gegen eine Unzahl Geschäftsmänner richtete, die über den Begriff von gewerbs- und gewohnheitsmässiger Hehlerei hinweg sich einen vermeintlich unverdächtigen Gewinn zu verschaffen suchten. Es handelte sich um das Auf- und Zwischenkaufen von Röbeisen, und zwar in geringeren Quantitäten, wie solche im eigentlichen Eisengeschäftsverkehr sonst nicht vorkommen, und deren Erwerb daher nur auf unrechtmässige Weise zu erlangen ist. Solcher Durchstechereien angeklagt waren 8 Personen aus Kattowitz, Königshütte und Balzenz, unter ihnen ein Lumpensammler, der von den Hehlern (Kaufleuten) den Auftrag batte, den das Röbeisen vom Werk nach der Hütte fahrende Knechte auf der Straße aufzulauern und denselben beliebige Quantitäten für einen Spottpreis abzukaufen. Die zwei mitangestellten Knechte haben sich dabei selbstdirend der wiederholten Unterschlagung schuldig gemacht. Unter den Angeklagten, welche sämmtlich ihre Schuld bestritten, zu überschüren, war die Vernehmung von 32 Zeugen und Sachverständigen erforderlich, auf Grund deren Aussagen dann auch die Verurtheilung erfolgen musste. Es handelt sich gegen den Lumpensammler Wiur auf 3 Jahre Zuchthaus, Eisenhändler Ritter aus Kattowitz $1\frac{1}{2}$ Jahre Zuchthaus, die Händler Weißmann und Brauer je 1 Jahr Zuchthaus, gegen Fröhlich auf 9 Monate Gefängnis, Schalscha 6 Monate Gefängnis und gegen die beiden Knechte auf je 1 Jahr Gefängnis, sowie auf die einschlagenden Nebenstrafen. Weißmann und Brauer wurden, als der Fluchtverdächtig, sofort in Haft genommen. Nach den auf dem letzten Kreistage genehmigten Feststellungen bezüglich der Kreistagswahlen sind im Kreise Beuthen, bei einer ortsansiedelnden Bevölkerung von 101,543 Seelen, 40 Abgeordnete, und zwar 4 Abgeordnete mehr als bisher zu wählen. Auf den Wahlverband der Städte, welcher bisher durch 15 Abgeordnete vertreten war, entfallen bei 45,409 Einwohnern, nunmehr 18 Abgeordnete. Neu zu wählen sind 3 und zwar 2 für Stadt Königshütte, 1 für Stadt Beuthen. Der Wahlverband der Landgemeinden erschafft eine Vermehrung von 10 auf 11 Abgeordnete, während der Wahlverband der grösseren Grundbesitzer wie bisher bei 11 Abgeordneten verbleibt. Die Zahl der zum Wahlverbande der Landgemeinden festgesetzten Wahlbezirke beträgt 8. An den städtischen Elementarschulen werden die Sommerferien mit dem 15. d. M. beginnen.

Handel

Berlin, 13. Juli. Die Entwicklung des heutigen Börsengeschäfts stand unter dem Eindruck mehrerer Ereignisse, die wohl geeignet waren, über die Petersburger finanziellen Zustände mancherlei Unruhe zu erzeugen. Daß dort die Verhältnisse einer schweren Krisis zutreiben, ist bekanntlich seit langer Zeit schon von gewisser Seite ausgesprengt und findet auch leichtfertig Glauben. Wohl hieron ausgebend, verjügte man heut, die Zahlungsfähigkeit eines bedeutenden Petersburger, auch im Ausland gut be-

kannen Bankinstituts als erschüttert zu bezeichnen. Als dem aber renommierte Firmen, die mit Russland engste Verbindung unterhalten, auf das bestimmteste widersprachen, modifizierte man das Gerücht dahin, daß die Internationale Bank durch die Defraudation eines Beamten bedeutenden Schaden erlitten haben sollte. Auf die Gesamtstimmung der Börse hatten diese Nachrichten einen deprimirenden Einfluß. Auf die Actien der betreffenden Bank indeß übten dieselben ebenso wenig eine Wirkung wie auf Coursbewegung der russischen Werthe überhaupt, dagegen drückten die Gerüchte des Cours der Creditactien, da man wissen wollte, im Besitz der Creditanstalt befindet sich ein grökerer Posten Internationaler Postactien. — Das Telegramm wonach Fürst Milan die Vermittlung des russischen Kaisers betreffend Waffenstillstands nachgesucht habe, wirkte später auf unsere Börse beruhigend. Die Umsäze blieben auf allen Gebieten sehr eingeschränkt. Hwarz setzten die Course der internationalen Speculationswerthe höher ein, eine feste Tendenz vermochte trotzdem aber nicht zum Durchbruch zu gelangen und die Coursbewegung schlug bald weichende Richtung ein. Erst ganz gegen den Schlusstriff eine leichte Besserung Platz. Von österreichischen Nebenbahnen zeichneten sich Galizier durch Festigkeit und regen Verkehr aus. Die localen Speculations-Effekten waren fast durchweg vernachlässigt. Dortmunduer Union fest Ausländische Staatsanleihen gingen mäßig um, besserten aber etwas die Notirungen. Auf dem Eisenbahnactienmarkt blieb der Verkehr gering und die Stimmung war nur wenig fest. Eisenbahn-Prior taten behauptet sich besser. Preußische Fonds fest, aber unbelebt. Bankactien sehr still und meist gedrückt. Industriepapiere fast ohne Verkehr. Montanwerthe fest. — Um 2½ Uhr: Ruhig. Credit 235½, Lombarden 128, Franzosen 439½, Reichsbank 155, Disconto-Commandit 108, Dortmunduer Union 5, 30, Laurahütte 59, Köln-Mindener 100%, Rheinische 114%, Bergische 80%, Rumäne 15,40, Türken 10%.

© Hirschberg, 12. Juli. [Jahresbericht der Handelskammer für die Kreise Hirschberg und Schönau.] Die für die Kreise Hirschberg und Schönau hier bestehende Handelskammer bemerkt in ihrem Jahresbericht pro 1875 einleitend, daß ihr diesmal schwerer als je die Aufgabe aufgefallen, über die Resultate der Industrie- und Geschäftszweige im diesseitigen Handelskammer-Kreise Bericht zu erstatten, indem die ihr zugegangerne specieller Berichte mit nur wenigen Ausnahmen nur Klageschriften über den überaus schlechten Gang aller kaufmännischen und gewerblichen Unternehmungen in dem verflossenen Jahre enthalten. Der Grund dieser Klagen liege hauptsächlich in der Abnahme des Consums gegenüber der erweiterten Leistungsfähigkeit aller Fabriken. Dieses Missverhältnis wegen leide die Industrie seit Jahr und Tag an einer nicht zu verkennenden Überproduktion während wegen zu heueren Fabricirens fast aller Export verloren gegangen. Dieses Missverhältnis zu beseitigen, erscheine als ein Problem von der größten volkswirtschaftlichen Bedeutung. Abhilfe würde in der Neuzeit von bedeutenden und erfahrungtreichen Männern in der Verbesserung und Abänderung unserer Zollgesetze gesucht und es hätten in Beziehung hierauf und mit Rücksicht auf den demnächstigen Ablauf mehrerer Zollerträge die am 20. März d. J. hier zu einer Conferenz versammelt gewesenen Handelskammern dem hohen Bundeskanzler-Amt folgende Resolutionen zur Berücksichtigung unterbreitet: 1) daß System der Handelsverträge beizubehalten; 2) vor dem Abschluß der neuen Handelsverträge und vor Festsetzung der Tarife eine sorgfältige und erschöpfende Enquête innerhalb der einzelnen industriellen Branchen unter Beziehung sachverständiger Industrieller stattfinden zu lassen; 3) in den mit Österreich, Italien, Frankreich und Belgien abzuschließenden Handelsverträgen das Reciprocitys-Prinzip derartig zu wahren, daß, so weit es irgend möglich ist, gegenseitige Parität der Zölle erreicht wird, und 4) die Dauer der Handelsverträge auf eine mindestens zwöljfährige Periode festzusezen und innerhalb dieses Zeitraums Zollerträge nur unter den zwingendsten Umständen eintreten zu lassen. — Warden einen Hauptfaktor des gesamten Verkehrslebens, die Eisenbahnen betreffe, so sei die Entscheidung der Frage, ob es zweckmäßig und volkswirtschaftlich gut gethan sei, daß der Staat oder das Reich sämtliche Privatbahnen erwerbe und in sich vereinige, eine überaus schwierige. Vom kaufmännischen Standpunkte aus ließe sich die große Idee der Centralisierung der Eisenbahnen nur in der sicheren Voraussetzung bekräftigen, daß dadurch ein einheitliches und billiges Tarif-System zu ermöglichen und leichter, als bei den seitherigen verschiedenen Verwaltungen und Interessen einzuführen sei. Keinenfalls aber dürfe das so geschaffene Eisenbahn-Monopol seine Konkurrenzlosigkeit als indirecte Steuerschraube zu Gunsten anderweitiger Staatsbedürfnisse und somit zum Nachteil für Industrie und Handel ausnützen. Die Eisenbahntarife seien für jede größere Gewerbtätigkeit und den gesamten Geschäftsvorlehr von der größten Bedeutung; auch Hirschberg leide dadurch, daß es noch nicht als Verbandsstation für mehrere Bahnen, z. B. die Oberschlesische, gelte. — Ein schwerer Druck laste auf dem Handelsstandort durch die Beanspruchung eines übermäßig ausgedehnten Creditgebens demselben entgegen zu arbeiten, sei dringend geboten.

Was bezüglich der einzelnen Industriezweige zunächst die Leinen-Industrie betrifft, so berichtet die Erdmannsdorfer Actien-Fabrik, daß das verflossene Jahr für die Flachsspinnerei ein sehr schlimmes gewesen; nur ein baldiges flotteres Leinengeschäft und eine gute, reichliche Flachsrente könne die Spinnerei aus der jetzigen kritischen Lage befreien. — Dagegen seien die Bleich- und Appreturanstalten das ganze Jahr hindurch aussreichend beschäftigt gewesen. Die Anstalt von R. Schneider in Schmiedeberg beschäftige, so wird weiter berichtet, 55—60 Arbeiter, die Garn- und Leinen-Bleiche von R. Schneider und Co. circa 20 Arbeiter. In der Druckwaren-Fabrik von R. Schmidt wurden im Laufe des Jahres 7560 Dyd. leinene Taschentücher in achtfarbigen bunten Nuancen doppelseitig bedruckt 1040 Dyd. weniger, als im Vorjahr.

Die Leppich-Fabrik in Schmiedeberg hat sich in Folge der andauernden Geschäftsschwäche günstig gefehlen, nicht nur ihre Filiale in Ober-Walditz bei Neurode wieder aufzuhaben, sondern auch in Schmiedeberg während der Monate April bis Juni zu einer Einschränkung der Arbeitszeit zu schreiten. Erst in der letzten Hälfte des Jahres konnte das Etablissement den vollen Betrieb wieder aufnehmen. Die Zahl der Arbeiter betrug durchschnittlich 330.

In der Blüsch- und Chenille-Fabrik zu Schmiedeberg beeinträchtigte die veränderte Mode den Absatz von Bläschchen; günstiger dagegen lag die

Chenille-Fabrikation, die in vollem Betriebe blieb und außer in Deutschland vorzugsweise in England ein gutes Absatzgebiet fand. Die Tuch- und Tricot-Fabrikation in Neukirch producirtte aus 1115 Centner Wollen 2500 Stück diverse Tuche, Tricots, Satins und Croissés, deren Absatz größtentheils im Juzlande erfolgte. — Die hiesige Kammgarn-Spinnerei eröffnete das Betriebsjahr namentlich in Gespinsten mittlerer Wollgattungen günstig; doch hielt dieser Aufschwung nur kurze Zeit an, so daß sich die Fabrik genöthigt sah, während der letzten beiden Monate eine Einschränkung des Betriebes eintreten zu lassen. — Bezüglich der Papierfabrikation, welche zu den bedeutendsten Industriezweigen unseres Thales zählt und hier durch neue Fabriken repräsentirt wird, klagen die betheiligten Fabrikanten ohne Ausnahme über die sehr heruntergedrückten Preise bei immer schwieriger werdendem Absatz. Wenn der Lumpenausfuhrzoll in Österreich aufgehoben würde, so versprechen sich die schlesischen Papierfabriken davon einen günstigen Einfluß auf ihre Fabrikation. — In der Holzstoff-Fabrikation drückte die bedeutende Vermehrung der Produktion durch neue, leistungsfähige Fabriken die Preise in einer Weise, daß unter fortwährender Steigerung der Holzpreise von Lohnendem Betriebe kaum noch die Rede sein konnte. Das pro 1875 hergestellte Quantum dürfte die Höhe von 50,000 Etr. erreichen. Die Strohstoff-Fabrikation hatte ebenfalls mit unausstüttigen Ver-

Die Strohstoff-Darstellungen haben ebenfalls mit ungünstigen Verhältnissen zu rechnen, indem die Strohpreise, meist doppelt so hoch, als in den letzten Jahren, die Darstellungskosten in bedenklicher Weise vermehrten. Befreiung der Chemicalien vom Einfuhrzoll wird dringend gewünscht. — In der Darstellung von Holz cement und Dachappern hat die fort und fort wachsende Concurrenz die Preise gedrückt. Niedrigere Eisenbahnsfrachten für solches Material würden den Absatz nach Außen wesentlich fördern. — Die Gräflich Schaffgotsch'schen Glas hütten traten in das Jahr 1875 mit so ungünstigen Absatzverhältnissen, daß einer der drei Ofen gelöscht werden mußte; im Juli jedoch konnte derfelbe wieder in Betrieb gesetzt werden, und das Jahresgeschäft stellte sich dann immer noch als ein ziemlich gutes heraus. Absatz hauptsächlich nach England. Unter den Arbeitern macht sich das Bedürfnis einer Regelung des Gesellen- und Lehrlingsverhältnisses durch die Gewerbeordnung immer fühlbarer, während das Zwangslässigwerken die Sympathien der Arbeiter mehr und mehr verliert. — In der Glas-Raffinerie entbehre mit Ausnahme weniger Monate das Geschäft die rechte Lebenskraft. An Aufträgen entboten Schweden, Norwegen und Dänemark noch am meisten. Glasknöpfe fanden wenig, Candelaber z. aber erfreuliche Nachfrage. Eine Ver-

Umsatz wie im vorigen Jahre, nämlich 50,000 Stück à ca. 240 Mt. pro 100. — Das Geschäft in Holzgalanterie-Waren und der Spanischädel-Fabrikation wird im Ganzen als ein wenig befriedigendes gezeichnet. Der Bericht beklagt, daß der größere Theil der Haushaltindustrie viel fehlerhaftes Fabrikat ohne Geschmack zu Schleuderpreisen in den Verkehr bringt. — Die Maschinen-Bau-Anstalt, Eisengießerei und Kesselfräsmiede von Starke u. Hoffmann hierselbst hat wie im Vorjahr so auch 1875 unter dem allgemeinen Druck der Conjuratur zu leiden gehabt; doch konnte der vorhandene Arbeiter-Bestand fast während des ganzen Jahres beibehalten werden und wurde nur gegen das Ende derselben von 170 auf 145 reducirt. Die Aufträge im Maschinenbau waren zureichend; ganz besonders aber hat der Dampfmaschinenbau sich gehoben, indem das in dem Etablissement eingeführte Steuerungssystem, Patent M. A. Starke, zu immer allgem einerer Anerkennung gelangt. Das Geschäft im Zinnober litt im ersten Halbjahr unter dem enorm hohen Preise des Quecksilbers, besserte sich aber im zweiten Halbjahr, so daß der Jahresumsatz den der letzten Jahre noch übertraf. Der Umsatz sonstiger chemischer Fabrikate blieb hinter dem des Vorjahres zurück. — In der Obstwein-Fabrikation bemühte sich das Geschäft in sehr engen Grenzen; es wurden ungefähr 8000 Scheffel Apfel verarbeitet; dagegen erfreute sich die Fruchtlauff-Fabrikation, unterstützt von einer reichen Ernte, eines lebhaften Betriebes. — Die Cigarren-Fabrikation konnte einen größeren Aufschwung, als bisher, nicht erreichen.

Die Zahl der im Handelskammer-Bezirk nachgewiesenen Geschäftsfirmen beträgt 392 (328 im Hirschberger und 64 im Schönauer Kreise).

Berlin-Görlitzer Eisenbahn.

| | |
|--|--------------|
| Die Einnahmen pro Monat Juni 1876 betragen (probatorisch ermittelt): | |
| 1) aus dem Personen-Verkehr | 201,907 Mart |
| 2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr | 322,040 " |
| 3) Extraordinaria | 34,122 " |

Summa pro Juni . . . 558,069 Mark
Die Einnahme pro Juni 1875 be-
555,800

| | | |
|--|-----------|------|
| trägt (definitiv festgestellt) | 555,300 | " |
| Within pro 1876 mehr | 2,769 | Mark |
| Ginnahme bis Ende Juni 1876 | 2,888,386 | Mark |
| 1875 | 2,835,509 | |

" " " 1875 2,855,509 " "
 Mithin pro 1876 mehr 52,877 Mart.
 Salle, Cunewalde Eissenhahn

| Hale-Sorau-Gubeney Eisenbahn. | |
|--|--------------|
| Die Einnahmen pro Monat Juni 1876 betragen (provisorisch ermittelt): | |
| 1) aus dem Personen-Verkehr | 118,031 Mark |
| 2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr | 189,642 " |
| 3) aus dem Entfernungsbetrieb | 14,795 " |

| | | |
|--|---------|------|
| 3) aus dem Extraordinarium | 14,795 | " |
| Summa pro Juni . . . | 322,468 | Marc |
| Die Einnahme pro Juni 1875 beträgt (definitiv festgestellt) | 305,466 | " |

| | | |
|---------------------------------------|--------------------------------|-------------|
| Cinnahme bis Ende Juni 1876 | Mithin pro 1876 mehr | 17,002 Mark |
| " " " " 1875 | 1,944,819 | " |
| " " " " 1875 | 1,845,780 | " |

Mithin pro 1876 mehr . . . 99,039 Mark.
 Berlin, 12. Juli.
 und Metalle von
 Leopold Hadra.] Bei niedrigen Preisen und

geringen Umsätzen war der Verlauf des vorwöchentlichen Roheisen- und Metall-Geschäfts ein durchaus ruhiger. Roheisen behauptet seine Preise schon seit einer Reihe von Wochen mährenden fast alle Metallsorten füh-

son seit einer Reihe von Wochen, währenddem fast alle Metallporten sich Rückgänge im Preise gefallen lassen müssen. - Kupfer andauernd ruhig. In England Chili 75 Pf. 10 Sh. Wallara 79 Pf. Urmeneta 80 Pf. Englisches 79-80 Pf. 10 Sh. Höchster Preis für englische Marken Mt. 84-87 pr. 50 Pf.lar. Mansfelder Raffinerie Mt. 82-85 pr. 50 Pf.lar. Soße ab Süsse. Detaillisten

Klgr. Mansfelder Raafnadel Mf. 82 pr. 50 Klgr. Caffe ab Hütte. Detailpreise 3-4 Mf. höher. Bruchlupfer. Je nach Qualität Mf. 70-79 pr. 50 Klgr. loco. - Sinn bernadikäfigt. Bancazzin in Holland 45 $\frac{1}{2}$ fl. Hier Bancazzin Mf. 82-85. Straits in England 75 Pf. St. Hier Prima Lammzinn je nach Qualität Markt 80-83 mm 50 Pf. Eisencramm. Secundare fährt. Sinn

je nach Qualität Markt 80—83 pr. 50 Kilogramm. Secunda fehlt. Im Einzelverkauf verhältnismäßig höhere Preise. Bruchzinn Markt 60 pr. 50 Kigr.— Zink still und wenig gefragt. In Breslau W. H. von Giesche's Erben Markt 22,25—22,60, geringere Marken Markt 21,75—22, pr. 50 Kigr. In London 22 Psd. St. 10 Sh. Hier am Platze erstere Markt 24,25—25,25, leichtere M. 23,50—24 pr. 50 Kigr. Im Detail verhältnismäßig höher. Bruchzinf M. 15,50 bis 16,50 loco pr. 50 Kigr. — Blei rubig. Tarnowitz sowie von der Paulshütte, G. von Giesche's Erben ab Hütte Markt 20 bis 20,25 pr. 50 Kilogramm Kasse. Loco hier Markt 21,75—22,50. Harzer und Sächsisches Markt 21,75—22,50. Spanisches Rain u. Co. Markt 25—26. St. Andres Mf. —. Detailpreise verhältnismäßig höher. Bruchblei M. 18,50—19 pr. 50 Kigr. — Röheisen. Der Röheisenmarkt ist andauernd ruhig. Warrants 56 Sh. Langloan und Coltness 66 Sh. 6 P. bis 68 Sh. 6 P. f. a. B. Glasgow. Hierige Lagerpreise für gute und beste schottische Marken M. 4,40—4,60 pr. 50 Kigr. Englisch Röheisen M. 3,30—3,65 pr. 50 Kigr. Oberschl. Coats-Röheisen M. 3,00—3,25 pr. 50 Kigr. Gießerei-Röheisen M. 3,10—3,30 pr. 50 Kigr. Graues Holzflohlen-Röheisen M. 4,00—4,20, weißes Holzflohlen-Röheisen Markt 3,40—3,80 pr. 50 Kigr. ab Hütte. Bruch-Eisen. Je nach Qual. mit M. 3,90—4,10 pr. 50 Kilogr. — Stabeisen. Gewalztes M. 6,50—7,00 pr. 50 Kilogr. ab Werk. Geschniedetes Markt —, —, pr. 50 Kilogr. ab Werk. — Schmiedeeiserne Träger M. 10,75—16 loco pr. 50 Kilogr. je nach Dimension. — Eisenbahnschienen. Zu Bauzwecken nach bestimmten Dimensionen geschlagene M. 5,00—6,00, zum Verwalzen M. 3,80 bis 4,20 je nach Lage des Ablieferungsortes. — Kohlen und Coats. Englische Nutz- und Schmiedeflohlen nach Qualität werden hier bis M. 75, Coats M. 64—70 per 40 Hectoliter bezahlt. Schlesischer und westphälischer Schmelz-Coats Mf. 1,20—1,50 pr. 50 Kilogr. loco hier.

Berlin, 13. Juli. [Productenbericht.] Der heutige Markt eröffnete mit merklich niedrigeren Terminpreisen für Roggen, dieselben zogen jedoch gute Kauflust heran, so daß der Handel ziemlich lebhaft wurde und beinahe vollständige Erholung der Preise eintreten konnte. Loco ist das Angebot reichlich, Entgegenkommen der Eigner führte zu einigem Umsatz. Roggengemehl flau und niedriger. Weizen wurde neuerdings billiger verkauft. Es kam zu regem Handel auf Termine, auch hatte vorübergehend die Haltung einige Festigkeit erlangt. Höher loco in sehr trägem Verkehr. Späte Termine sind zu erheblich ermäßigten Preisen ziemlich rege umgesetzt worden. Rübsöl konnte etwas vermehrten Anerbietungen gegenüber sich im Werthe nicht ganz behaupten. Spiritus ist bei sehr gedrückter Stimmung neuerdings wesentlich billiger verkauft worden.

Weizen loco 190—230 M. pro 1000 Kilogramm nach Qualität gefordert, gelber — ab Bahn bez., pr. Juni-Juli — Mark bez., pr. Juli-August — Mark bez., pr. August-September — Mark bez., pr. September-October 196½—195—196 Mark bez., pr. October-November 198—196½ bis 197½ Mark bez., vor November-December 199—198—198½ Mark bez. Gefündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 142 bis 168 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 142—151 Mark ab Kahn und Bahn bez., inländischer — Mark bez., schwedischer — Mark bez., defekt russischer — M. bez., pr. Juni-Juli 149½ bis 150 Mark bez., per Juli-August 149½—149—150½ Mark bez., per Augusti-September — Mark bez., per September-October 151½—151 bis 152½ Mark bez., per October-November 152½—153½ Mark bez., per November-December — M. bez. Gefündigt 25,000 Centner. Kündigungspreis 150 M. — Getreide loco — Mark nach Qualität gefordert. — Hafer loco 155 bis 198 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 175—184 Mark bez., russischer 165—184 Mark bez., pommerischer und mecklenburgischer 190—193 Mark bez., schwedischer 178 bis 193 Mark ab Bahn bez., per Juni-Juli 168 M. bez., pr. Juli-August 158½—158 M. bez., per Augusti-September — M. bez., pr. September-October 151—150—150½ M. bez., October-November 149 Mark bez. Gefündigt 5000 Centner. Kündigungspreis 169 Mark. — Erbsen-Kodewaare 191 bis 225 M., Futterwaare 178 bis 190 Mark. Weizengemehl pr. 100 Kilo Br. übersteuert incl. Sad Nr. 0: 29,00—28,00 Mark, Nr. 0 und 1: 26,50—25,50 M. bez. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. übersteuert incl. Sad Nr. 0: 25,25 bis 24,00 Mark bez., Nr. 0 und 1: 23,75 bis 21,75 Mark. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sad pr. Juni-Juli 22,65 Mark bez., pr. Juli-August 22,20 bis 15 Mark bez., pr. Augusti-September 22,10—22 Mark bez., pr. September-October 22—21,95—22 Mark bez., per October-November — Mark bez. Gefündigt 500 Ctr. Kündigungspreis 22,65 M. — Rübbel pro 100 Kilo loco ohne Fas 63 M. bez., pr. Juni-Juli 62,5—2 M. bez., pr. Juli-August do M. bez., per September-October 62,6—2 M. bez., pr. October-November 62,8—4 Mark bez., per Novbr.-December 63,1—62,5 Mark bez. Gefündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco — Mark bez. — Petroleum loco pr. 100 Kilo incl. Fas 32,5 M. ab Bahn bez., pr. Juni-Juli — M. bez., per Augusti-September 29,8—30—29,8 Mark bez., September-October 29,6—9—7 Mark bez., October-November — M. bez., pr. Novbr.-December — M. bez., pr. April — M. bez. Gefündigt — Ctr. Kündigungspreis — M.

